

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Susanne Ferschl, Ina Latendorf, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

**– Drucksache 20/6187 –**

### **Ausbeutung von Saisonbeschäftigten verhindern**

#### **A. Problem**

Die Fraktion DIE LINKE. kritisiert besondere Ausbeutungsrisiken für Saisonbeschäftigte mit geringen Kenntnissen der deutschen Sprache sowie über das deutsche Rechtssystem und die deutsche Arbeitswelt. Der deutsche Staat stehe deshalb in der Verantwortung, geltendes Recht durchzusetzen und teilweise weitere Vorgaben, insbesondere zur Sozialversicherungspflicht und zu Unterkünften, zu machen und ebenfalls durchzusetzen. Es dürfe diesbezüglich keine Unterschiede zwischen Saisonbeschäftigten, die aus anderen EU-Mitgliedstaaten oder aus Drittstaaten nach Deutschland kommen, geben.

#### **B. Lösung**

Die antragstellende Fraktion fordert, zum Schutz von Saisonarbeitskräften Maßnahmen zu ergreifen und ggf. Gesetzentwürfe vorzulegen, so dass u. a. sichergestellt ist, dass ausländische Saisonarbeitskräfte in Deutschland grundsätzlich sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden. Die Arbeitsverträge mit allen Angaben entsprechend § 2 Absatz 1 des Nachweisgesetzes sowie die Unterbringungs- und Verpflegungsmodalitäten seien ausländischen Saisonbeschäftigten bereits vor deren Abreise aus dem Heimatland in ihrer jeweiligen Muttersprache schriftlich zu übermitteln. Die Bereitstellung angemessener Unterkünfte müsse sichergestellt und Höchstsätze für die Unterkunfts- und ggf. Verpflegungskosten für Saisonbeschäftigte definiert werden. Nicht zuletzt solle der Arbeitgeber für die ausländischen Saisonbeschäftigten die erforderlichen Reisekosten übernehmen.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Kostenberechnungen wurden nicht angestellt.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/6187 abzulehnen.

Berlin, den 26. April 2023

### **Der Ausschuss für Arbeit und Soziales**

**Max Straubinger**  
Amtierender Vorsitzender

**Manuel Gava**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Manuel Gava

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/6187** ist in der 94. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. März 2023 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen worden.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion möchte Saisonarbeitskräfte schützen. Akzeptable Arbeits- und Unterkunftsbedingungen, der volle Krankenversicherungsschutz, der Aufbau von Rentenansprüchen und die Zahlung des ihnen rechtmäßig zustehenden Lohns müssten sichergestellt sein. Dies sei nicht immer der Fall. Deshalb lehne sie die versicherungsfreie kurzfristige Beschäftigung für ausländische Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter ab. Die kurzfristige Beschäftigung verhindere insbesondere den Aufbau von Rentenansprüchen, selbst wenn der oder die Betroffene wieder jedes Jahr monatelang in Deutschland arbeite. Diese Problematik scheine bei der nun von der Bundesregierung geplanten neuen Säule des Arbeitsmarktzugangs für Drittstaatsangehörige erkannt worden zu sein. Diese sei grundsätzlich sozialversicherungspflichtig. Eine rechtliche Schlechterstellung von Saisonbeschäftigten aus dem EU-Raum gegenüber Beschäftigten aus Drittstaaten sei aber nicht zu rechtfertigen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 20/6187 in seiner Sitzung am 26. April 2023 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 20/6187 in seiner Sitzung am 26. April 2023 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung empfohlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/6187 in seiner 44. Sitzung am 26. April 2023 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der SPD** betonte die Priorität des Themas des Antrags und der heutigen Diskussion im Ausschuss. Die Arbeitsbedingungen für Saisonarbeitskräfte müssten weiter verbessert werden. Man habe sich dazu vor Ort in Rumänien und Bulgarien informiert und mit Betroffenen gesprochen. Viele Verbesserungen seien bereits umgesetzt. So würden Reisekosten bis zu 50 Prozent vom Arbeitgeber übernommen, eine faire Mobilität werde damit gestärkt. Außerdem sei der Zugang von Gewerkschaften in die Betriebe verbessert worden, weitere Schritte erhoffe man sich mit der Ratifizierung des ILO-Übereinkommens Nr. 184. Ebenso sei der Zoll gestärkt worden. Insbesondere gebe es einen Stellenaufwuchs bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Zusätzlich seien weitergehende Sanktionsmöglichkeiten von Unternehmen beschlossen worden, bis hin zu einem Verbot der Beschäftigung von Saisonarbeitskräften bis zu fünf Jahren.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, dass der Antrag ein Bild von Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft zeichne, das in keiner Weise der Realität entspreche. In allen Branchen gebe es Verfehlungen, diese dürften aber

nicht verallgemeinert werden. Gebe es keine Saisonbeschäftigung, dann gebe es auch keine eigenständige Gemüseproduktion in Deutschland. Versuche der Anwerbung inländisch gemeldeter Arbeitskräfte, die für eine saisonale Beschäftigung zur Verfügung stünden, seien schon in der Vergangenheit nicht überaus erfolgreich gewesen. Auf Saisonarbeitskräfte angewiesen sei man nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Gastronomie und in der Touristikbranche. Auch diese Branchen wären betroffen, sollte es keine Saisonarbeitskräfte mehr geben. Im Übrigen würde eine Ausweitung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auch zu einer ebensolchen Beeinträchtigung bei Schülerjobs usw. im Inland führen. Man könne sich nicht vorstellen, dass dies gewollt sei. Die Fraktion der CDU/CSU lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte, dass im Ausschuss über die schweren Arbeitsbedingungen der Saisonarbeitskräfte diskutiert werde. Einiges sei bereits verbessert worden. Der Mindestlohn sei in dieser Legislaturperiode erhöht worden, wovon auch gerade die Saisonarbeitskräfte profitierten. Mit dem Inkrafttreten des Nachweisgesetzes müssten alle Arbeitsbedingungen nun schriftlich vorgelegt werden. Das in der Beratung befindliche Fachkräfteeinwanderungsgesetz sehe eine neue Form einer kurzfristigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung vor. Mit Hinweis auf den Koalitionsvertrag wolle man einen Krankenversicherungsschutz ab dem ersten Tag auf den Weg bringen.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, dass landwirtschaftliche Betriebe, davon viele Familienbetriebe, keine schlechten Arbeitgeber seien, wie der Antrag suggeriere. Ein Landwirt allein ernähre 137 Menschen, der Selbstversorgungsgrad in Deutschland liege bei 88 Prozent, der aus heimischer Erzeugung gedeckt werden könne. Dies sei mit Blick auf den Klimawandel respektabel und anzuerkennen. Die Landwirt/-innen seien auf die Unterstützung durch Saisonarbeitskräfte, die freiwillig und auch mehrfach kämen, angewiesen. Festzustellen sei mit Blick auf die Höhe des Mindestlohns, beispielsweise in Rumänien, dass diese Menschen aus guten Gründen nach Deutschland kämen. Die Regelungen, die bereits auf den Weg gebracht seien, sowie die Regelungen, die noch einer Umsetzung bedürften, seien ausreichend, um den Arbeitsschutz zu gewährleisten. Die Fraktion der FDP lehne den Antrag deshalb ab.

Die **Fraktion der AfD** verwies auf mehrere Anträge verschiedener Fraktionen zu dem Thema. Diese Anträge zielten letztlich im Kern alle darauf ab, die Saisonarbeit abzuschaffen, da die Arbeitsverhältnisse der Saisonarbeitskräfte gleichgestellt würden mit regulären Arbeitsverhältnissen. Es gebe bereits große Schwierigkeiten, den Absatz zu organisieren, diese Probleme würden sich noch vergrößern. Der Antrag komme zur Unzeit, da auch die Betriebe aufgrund der Inflation nicht wüssten, wie sie weiter existieren sollten. Die Interessenlage ausländischer Saisonarbeitskräfte sei im Übrigen nicht, hohe Sozialabgaben in Deutschland zu leisten, sondern genügend „Netto“ ausgezahlt zu bekommen, damit sich die schwere Arbeit auch lohne. Die Fraktion der AfD lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion DIE LINKE**. forderte einen verbesserten Schutz für Saisonbeschäftigte. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode habe die Fraktion einen Antrag zur gleichen Thematik gestellt. Nun sei ein Handeln der Bundesregierung längst überfällig. Insbesondere beim Krankenversicherungsschutz gebe es Verbesserungsbedarf in Form eines vollen Krankenversicherungsschutzes vom ersten Tag an. Dies sei nun schon die zweite Saison für ausländische Arbeitskräfte unter der Verantwortung der jetzigen Bundesregierung, in der nichts geändert worden sei und die Arbeitsbedingungen weiterhin schlecht seien. In dem Antrag gehe es zusätzlich um Beratungsrechte, Unterkünfte, Kontrollen für Saisonarbeitskräfte. Ebenso offen sei die im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition angekündigte Ratifizierung des Übereinkommens Nr. 184 der Internationalen Arbeitsorganisation über den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft. Eine Forderung sei aber auch, die Landwirte vor Preisdruck zu schützen, indem die Marktmacht der Konzerne des Lebensmitteleinzelhandels eingeschränkt werde. Dies sei ebenso ein Teil des Problems.

Berlin, den 26. April 2023

**Manuel Gava**  
Berichterstatter





